

## Antwort auf Jörg Goldberg Ulrike Simon, Juni 1023

<b>Jörg Goldbergs Analyse</b>	<b>1</b>
<b>Fragen</b>	<b>2</b>
<b>Superimperialismus</b>	<b>4</b>
<b>Der Staat als eigenständiger Akteur im Kapitalismus</b>	<b>5</b>
<b>Bipolare Welt und „goldenes Zeitalter des Kapitalismus“; neoliberale Globalisierung und unipolarer Moment</b>	<b>6</b>
<b>Modernisierung des „Rests der Welt“</b>	<b>7</b>
<b>Multipolarität</b>	<b>10</b>
<b>Perspektiven</b>	<b>11</b>
<b>Fazit</b>	<b>13</b>
<b>Quellenverzeichnis</b>	<b>15</b>

### Jörg Goldbergs Analyse<sup>1</sup>

In seinem Text „Weltordnung zwischen Globalisierung und Nationalstaaten“ analysiert Jörg Goldberg den Zustand der heutigen Weltordnung. Seine Zukunftsprognose ist düster.

Die Weltsystemtheorie, stellt er fest, betrachte die Weltordnung als System politischer Beziehungen zwischen Nationalstaaten. Damit bleibe sie deskriptiv und könne die heutigen internationalen Entwicklungen nicht wirklich erklären. Denn die Feststellung der Politikwissenschaftlerin Andrea Komlosy dass „Hegemonie nicht primär in der politischen Stärke eines Staates grundgelegt“ sei, sondern „in der Fähigkeit, transnationale Flüsse von Waren, Kapital und Arbeitskräften so zu beherrschen, dass die aus ungleichem Tausch und aus globalen Güterketten gewonnene Wertschöpfung vorrangig im eigenen politischen Herrschaftsbereich realisiert wird,“ sei eine Binsenweisheit.<sup>2</sup> Daraus sei kein Zusammenhang zwischen Produktionsweise und Außenpolitik begründbar.

Auch sich traditionell mit ‚rein‘ ökonomischen Prozessen“ befassende ‚Kapitalismusanalysen, griffen zu kurz. Dort gelte „die begriffliche Trennung von Ökonomie und Politik [...] als konstitutives Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise“. Die Einbeziehung des Weltmarktes in die Analyse erfordere jedoch die begriffliche Aufhebung der „klassischen“ Trennung von Ökonomie und Politik, denn auf dem internationalen Parkett sei der Nationalstaat ökonomischer Akteur.

---

<sup>1</sup> Goldberg, Jörg: Weltordnung zwischen Globalisierung und Nationalstaaten, in: Z-134 Juni 2023

<sup>2</sup> Komlosy, Andrea: Zeitenwende, 2022, zitiert nach nach Goldberg

Dabei habe es im Laufe der Geschichte drei wesentliche Phasen gegeben, die Periode des Konkurrenzkapitalismus, in der die Einzelkapitale ihre Verwertungsbedingungen nicht kontrollierten, und der Nationalstaat die gemeinschaftlichen Interessen der Bourgeoisie nach außen vertreten habe, die Periode des Imperialismus, in der er die Interessen des in seinem Einflussbereich dominierenden Monopolkapitals vertrat, und die des transnationalen, finanzialisierten Kapitalismus, in der die „von den transnationalen Konzernen angetriebene Konkurrenz der Standorte die äußere Politik der Nationalstaaten“ präge. Letztendlich verwirklichte Außenpolitik auch in dieser Phase des Kapitalismus die Verwertungsinteressen des Kapitals.

Sofern es einen Weltmarkt mit international akzeptierten Regeln gäbe, sei es bezüglich der Ökonomie und der internationalen Konkurrenzfähigkeit eines Staates entscheidend, wer diese Regeln setze. Zwischen 1991 und 2008 hätten die USA unbestritten als „wohlwollender Hegemon“ die Rolle des Regelsetzers eingenommen. Mit der Finanzkrise seien diese Regeln in die Kritik gekommen, die Macht des US-Empire sei aber keineswegs im Abstieg. BRICS<sup>3</sup> und Co. hätten bisher kein Parallel- oder Alternativsystem, sondern höchstens Ergänzungen hervorgebracht.

Heute gingen die USA zunehmend von einer liberalen zu einer wertebasierten Außenpolitik über und untergruben so ihre „regelbasierte Ordnung“ selbst. Als Reaktion auf die mit dem Ukraine-Krieg und Chinas anderer Wirtschaftsordnung verbundenen Gefährdungen ihrer Hegemonie und innenpolitische Unzufriedenheit betrieben die USA wieder ein bipolare Blockpolitik der Abkoppelung von ihren Konkurrenten und versuchten diese einzudämmen. Die Verbündeten der USA stünden unter hohem Druck, sich dieser Politik zu fügen. Die damit verbundene Deglobalisierung werde zu großen Verwerfungen führen, denn anders als vor 1914 seien die Wirtschaften der USA/EU/Japans einerseits und die Chinas und Russlands andererseits heute sehr eng verflochten.

Das Ergebnis dieser Entwicklung werde jedoch eher eine erneute „Weltunordnung“ als eine „gerechte multilaterale Weltordnung“ sein. Denn in der Welt außerhalb des „US-Blocks“ seien eher neue Konflikte als friedliche Kooperation zu erwarten. „Vor dem Hintergrund der Konkurrenz nationaler Standorte, deren Grundlage das Bestreben ist, dem transnational agierenden Kapital günstige Verwertungsbedingungen einzuräumen, [könnte es] zu einer Multiplizierung regionaler Auseinandersetzungen kommen.“ Die Voraussetzungen dafür, die internationalen Regeln im Sinne einer echten multilateralen Ordnung neu zu verhandeln, seien heute nicht gegeben, da es keine Institutionen gäbe, die dazu in der Lage seien.

### Fragen

Goldbergs Ansatz, die Weltordnung heute und ihre künftige Entwicklung vor dem Hintergrund eines Finanzkapitalismus zu erklären, in dem sich das Kapital quasi vom Nationalstaat emanzipiert hat, fortan grenzenlos agieren kann, und die Nationalstaaten zum Spielball der Kapitalinteressen werden, wirft mehr Fragen auf als dass er Antworten zu geben vermag. Weder für das Verhalten der

---

<sup>3</sup> Die [BRICS-Staaten](#) sind eine Vereinigung aufstrebender Volkswirtschaften. Die Abkürzung „BRICS“ steht für die Anfangsbuchstaben der fünf zugehörigen Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

US-kritischen Staaten noch für das des US-Empire selbst liefert diese Sichtweise eine plausible Erklärung.

Wie empirisch immer wieder gezeigt wurde, begünstigt die durch die USA durchgesetzte regelbasierte Wirtschaftsordnung eindeutig Kapitalinteressen.<sup>4</sup> Wieso gerät diese Ordnung jetzt zunehmend in die Kritik? Wieso suchen nicht nur China und Russland, sondern auch die großen Schwellenländer und die einkommensarmen Staaten nach Alternativen, wenn doch die Einhaltung dieser Regeln ihnen Standortvorteile sichern müsste? Vor allem China aber auch andere Länder haben ja innerhalb dieses Regelsystems wirtschaftlich enorme Fortschritte gemacht. Sind „konkurrierende nationale Standortinteressen“, das Bemühen dem Kapital beste Verwertungsbedingungen zu bieten, tatsächlich der Hauptgrund für die heute zu beobachtende „Politisierung der Wirtschaftspolitik“, wie Goldberg schreibt? Geht es nicht vielmehr darum, einen größeren Teil der Wertschöpfung im eigenen Land zu behalten? Das aber würde bedeuten, dass die widerständigen Staaten sich gerade nicht zum Spielball des Kapitals machen möchten. Sollte sich nicht nur das Kapital von den Nationalstaaten gelöst haben, sondern die Nationalstaaten auch von ihrer Abhängigkeit vom Kapital?

Umgekehrt ist es schwer, sich die USA als Land vorzustellen, das in der Konkurrenz zu den anderen Staaten der Welt um die Zuwendung des Kapitals bettelt, besonders wenn man berücksichtigt, dass die Position so gut wie aller Kongress- und Senatsabgeordneten, Gouverneure oder gar Präsidenten von Spenden der Konzerne und Banken abhängt, und ihre politischen Entscheidungen nachweisbar die Interessen der Spender bedienen. Auf der einen Seite hat das Land den Standortwettbewerb verloren, es ist größtenteils deindustrialisiert. Auf der anderen Seite landet immer noch ein überproportionaler Teil der internationalen Wertschöpfung in den USA<sup>5</sup>, und es sind die dort ansässigen Banken und multinationalen Konzerne und deren Besitzer\*innen, die die immensen Gewinne einfahren.<sup>6</sup>

Die ungeheure Mühe, die sich das US-Empire macht, die regelbasierte Ordnung und seine Hegemonie weltweit durchzusetzen und zu erhalten, spricht doch eher dafür, es als aktiven Agenten des – immer noch vorwiegend in den „alten“ Industriestaaten angesiedelten - Kapitals anzusehen, der dessen Interessen weltweit vertritt. Oder gibt es ein von Kapitalinteressen unabhängiges hegemoniales Interesse? So unwahrscheinlich das scheint, die von der Biden-Administration betriebene Abkoppelungspolitik der USA schadet großen Teilen der Industrie der entwickelten Industriestaaten und steht deswegen auch zunehmend in der Kritik<sup>7</sup>. Steht hier also doch Hegemonialinteresse gegen Kapitalinteressen? Geht es ums Prinzip der Dominanz?

---

4 Im Zusammenhang mit dem transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP gab es dazu in Deutschland z.B. intensive Diskussionen und Proteste. Die TTIP Regeln werden in Europa nun über CETA durch die Hintertür eingeführt. Brosius, Dr. Sybille: [CETA: Sargnagel für Demokratie und Klima](#), 6.12.2022 (Zugriff 15.6.2023)

5 So gelangen z.B. trotz des im Vergleich zu den USA weitaus größeren Anteils Chinas am weltweiten Export dieser Güter, die weltweiten Profite aus Chinas drei größten Exportbranchen zu einem großen Teil in die USA: Büro- und Telekommunikationsausstattung (Profitanteil USA: 60 % - China: 1,6 %), Textilien (Profitanteil USA: 50 % - China: 4,7 %), Chemie- und Medizinprodukte (Profitanteil USA: 34 % - China: 0,7 %). Siehe: Starrs, Sean: [Signs of the Times #3 - On US Decline](#), 3.6.2022 (Zugriff 15.6.2023)

6 Statista: [Statistiken zum Thema Reichtum - Millionäre und Milliardäre](#), 22.11.2022 (Zugriff 21.1.2023)

7 Fazi, Thomas, [The capitalists are revolting over China](#), 7.6.2023 (Zugriff 15.6.2023)

## Superimperialismus

Viel weiter kommt man über die Charakterisierung des US-Empire als neue imperialistische Form des Kapitalismus, in der es den USA gelang, die zuvor miteinander konkurrierenden imperialistischen Staaten soweit in ihr Empire einzugliedern, dass sie sich nicht mehr gegenseitig bekriegen. Aus dieser Sicht vertritt dieses nun - im Unterschied zur Zeit vor dem 1. Weltkrieg – als Superimperialist die „Interessen des dominierenden Monopolkapitals,“ gemeinsam mit den entwickelten Industriestaaten, die seinen Hegemonieanspruch nicht mehr infrage stellen (können) und sich mal mehr, mal weniger unterordnen (müssen).<sup>8</sup> Untermuert wird die US-Dominanz durch ca. 800 Militärstützpunkte auf der ganzen Welt.<sup>9</sup>

Seit dem Fall der Sowjetunion ermöglicht das Empire dem Kapital die potentiell grenzenlose Freiheit, sich in allen Teilen der Welt so verhalten zu können wie im eigenen Wohnzimmer. Die nationale Währung der USA wurde zur Weltwährung, die dem Kapital genehmen Regeln ordnen den Weltmarkt, die Warenproduktion wurde zerlegt, die Produktion der Einzelteile auf Standorte auf der ganzen Welt verteilt, tendenziell findet nur noch die Planung in den Metropolen statt, wo auch ein Großteil der Gewinne landet.

Diejenigen Staaten, die es vorziehen, dem Kapital lieber nur eine Gastrolle zuzuweisen, werden in ihre Schranken verwiesen. Hinter dem Antlitz des „wohlwollenden“ Hegemons verbirgt sich ein grausamer Gewaltherrscher, wie ca. 3,6 Mio. Tote und 38 Millionen Geflüchtete, allein verursacht durch den „Kampf gegen den Terror“, belegen.<sup>10</sup>

Auch die Verbündeten lernen die weniger wohlwollenden Seiten des Hegemons kennen, wenn sie zu stark zu werden drohen. So hing z.B. die schwere Finanzkrise 1990 in Japan, die die extrem erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung des Landes, v.a. der Autoindustrie, stark bremste, u.a. mit dem von der USA erzwungenen Verzicht der japanischen Zentralbank auf Erhöhung der Leitzinsen zusammen, was zum Platzen der Immobilienblase des Landes führte.<sup>11</sup> Und Deutschland musste im Jahr 2022 erleben, wie nach jahrelanger US-Kritik an seiner russlandorientierten Energiepolitik die Nordstream-Gas-Pipelines unter großem Applaus der Biden-Administration (wenn nicht gar unter deren aktiver Beteiligung)<sup>12</sup> durch einen Terrorakt zerstört wurden, mit schweren Folgen für die Wirtschaft.

---

8 Den Begriff prägte der Ökonom Michael Hudson, der in seinem gleichnamigen Buch die Funktionsweise des amerikanischen Finanzimperialismus darstellt. Hudson, Michael: Superimperialism, The Economic Strategy of American Empire, editions 1968, 2003, 2021.

9 World beyond War: [USA's Military Empire: A Visual Database](#) (Zugriff 24.5.2023)

10 Wilkins, Brett: [‘Death Outlives War’: Analysis Estimates Post-9/11 US Conflicts Killed Over 4.5 Million](#), 16.5.2023 (Zugriff 24.5.2023)

11 Vergl. Hudson 2021, S. 31

12 Riegel, Tobias: [Victoria Nuland feiert Terror gegen Nord-Stream-2: „Bin sehr erfreut“](#), 27.1.2023 (Zugriff 15.6.2023)

## **Der Staat als eigenständiger Akteur im Kapitalismus**

Zum Verständnis der Entwicklung der USA zu dieser Art Empire aber auch des sich dagegen im eigenen Land und in anderen Staaten der Welt entwickelnden Widerstands reicht die Feststellung nicht aus, dass die Stärke eines Landes von der Fähigkeit abhängt, sich einen überdimensionalen Anteil an der Wertschöpfung der Welt anzueignen. Umgekehrt ist auch zu erklären, wie ein Land so stark wurde, dass es anderen den Verzicht auf einen Teil der eigenen Wertschöpfung aufzwingen kann.

Dazu ist es nötig, bei der Kapitalismusanalyse insgesamt die begriffliche Trennung von Ökonomie und Politik aufzugeben, nicht nur für die Beschäftigung mit den Weltmärkten. Diese Trennung mag analytisch zum Verständnis der Funktionsweise von Teilen des kapitalistischen Wirtschaftssystems von Vorteil sein. In der Realität ist der Ökonomin Radhika Desai recht zu geben, die Goldberg anfangs in einer Fußnote zitiert: „... der Kapitalismus basiert nicht auf einer strikten Trennung von Staat und Markt, hat dies nie getan, und wird das auch nicht tun.“<sup>13</sup>

Heiner Flassbeck und Paul Steinhardt sehen wirtschaftliche Entwicklung in einem kapitalistischen System nicht in erster Linie als das Ergebnis unternehmerischer Dynamik. Diese setze vielmehr einen Staat voraus, der die dazu nötigen Voraussetzungen schaffe.<sup>14</sup> Das gelte im Lande selbst für den Rechtsrahmen, das Steuer- und Sozialsystem, die Nachfrageseite der Volkswirtschaft und insbesondere für das Geldsystem. Und es gelte außenpolitisch bei der Kooperation nationaler Volkswirtschaften in der globalisierten Wirtschaft. Auch dort seien es die Staaten und nicht die Märkte, die darüber entschieden, auf welche Weise und mit welchen Auswirkungen Güter, Kapital und Menschen sich über die Grenzen bewegten.

Folgt man dieser Argumentation ist der Staat als eigenständiger Akteur im kapitalistischen System anzusehen, und es ist für eine Nation entscheidend, wie er diese Rolle wahrnimmt bzw. wahrnehmen kann. Sie wurde im Laufe der Geschichte in den entwickelten kapitalistischen Staaten unterschiedlich ausgefüllt.

Ihren Aufstieg zur Stärke verdanken sie in nicht unbeträchtlichem Maße der Politik ihrer Regierungen, die durch die Bereitstellung von wichtiger Infrastruktur produktive Investitionen wirtschaftlich machten, Güter nachfragten (z.B. Uniformen und Waffen) und ihre Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz schützten. Erst die starken kapitalistischen Staaten, die sich der eigenen Überlegenheit sicher waren, propagierten den Freihandel.

Ein nicht zu unterschätzender Aspekt ist die Tatsache, dass sich der Kapitalismus des Nordens niemals ohne die Ressourcen des Südens in der Dynamik entwickeln können, wie es tatsächlich der Fall war. Von Anfang an waren also die Kolonialpolitik ihrer Staaten und die damit verbundene Zerstörung der Volkswirtschaften in den Kolonien, die Landnahme in Verbindung mit dem Genozid an indigenen Bevölkerungsgruppen notwendige Voraussetzungen für die Erstarkung des jeweiligen Kapitals und seiner „Stammnationen“ und die Entwicklung Nordamerikas zum modernen Industriestaat. Nicht nur sei der Kapitalismus „historisch immer in ein vorkapitalistisches Umfeld eingebettet“ gewesen, „aus dem er hervorging, mit dem er interagierte und das er für seine eigenen

<sup>13</sup> Desai, Radhika: Geopolitische Ökonomie, 2020, zitiert nach nach Goldberg

<sup>14</sup> Flassbeck, Heiner und Steinhardt, Paul: Gescheiterte Globalisierung, 2018, Kapitel 2

Zwecke veränderte“, schreiben die indischen Ökonomen Udsa und Prabhat Patnaik, sondern “seine Existenz und Expansion“ hänge auch heute von dieser Interaktion ab.<sup>15</sup>

Das von Marx konstatierte kapitalistische Allgemeininteresse beinhaltet keineswegs allein die Unterdrückung des Proletariats im Inneren. Es kann auch erfordern, dass es eine relativ gesunde, gut gebildete und nicht völlig verarmte Arbeiterklasse und eine Mittelschicht gibt, die für Nachfrage und sozialen Frieden sorgen, was produktives Wirtschaftswachstum begünstigt. Von einer auf diese Weise organisierten Volkswirtschaft, die mit Hilfe des Staates einen größeren Teil des Wirtschaftspotentials eines Landes ausschöpft als es die kapitalistische Produktionsweise selbst tun könnte, profitieren Kapital und Arbeit. Auf eine infolge einer solchen Politik „zu“ stark gewordene Arbeiterklasse reagierte das Kapital jedoch regelmäßig mit Austeritätspolitik.<sup>16</sup>

Im Laufe der Geschichte der Industriestaaten und teilweise auch unterschiedlich in den jeweiligen Ländern wechselten die dem Staat zugewiesenen Rollen. Aber es waren immer die Staatswesen selbst, die den gültigen Rahmen setzten. Der Kapitalismus kann ohne den Staat nicht funktionieren. Aber er funktioniert im Rahmen äußerst widersprüchlicher Interessen und bedient diese somit auch recht unterschiedlich.

### **Bipolare Welt und „goldenes Zeitalter des Kapitalismus“; neoliberale Globalisierung und unipolarer Moment**

In den „goldenen Jahren des Kapitalismus“ der Zeit nach dem 2. Weltkrieg nahmen vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz mit den sozialistischen Ländern starke Regierungen gezielt auf die Märkte im Inneren Einfluss und kontrollierten den Kapitalverkehr. In den entwickelten Industriestaaten breitete sich nie gekannter Wohlstand aus, gerade auch der Arbeitnehmerschaft. Das änderte sich mit den Krisen der 70er Jahre und dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems. Nun setzten sich diejenigen Kapitalinteressen durch, die zugunsten größerer, kurzfristiger Profitmöglichkeiten die Errungenschaften der Nachkriegszeit wieder zunichte machten. Der politische und wirtschaftliche Prozess der neoliberalen Globalisierung begann.<sup>17</sup>

Die USA und ihre Verbündeten strebten ein globales Freihandelsregime an, in dem Waren und Geldflüsse ungehindert die Welt durchqueren konnten. Beginnend in den USA und unter nicht unbeträchtlichem transatlantischem Einfluss in der EU, begannen die Staatswesen der entwickelten Industriestaaten, sich aus ihrer aktiven Rolle zurückzuziehen. Sie betrieben die Privatisierung von sozialen Leistungen und Infrastruktur und unterstützten den Druck auf Löhne und Arbeitnehmerrechte. Die Folge war, vor allem in den Ländern ohne Exportüberschüsse die steigende private Verschuldung breiter Teile der Bevölkerung. Private Verschuldung und *beggar-thy-neighbor*-Politik bewirkten insgesamt einen Stagnationstrend der gesamten Wirtschaft in diesen

---

15 Patnaik, Utsa und Patnaik, Prabhat: Capital and Imperialism, 2021

16 Clara Mattei: [The Capital Order](#). How Economists Invented Austerity & Paved the Way to Fascism, 11/22 (Zugriff 21.1.2023)

17 Die Entwicklung in Europa ist sehr gut dargestellt in: Fazi, Thomas und Mitchell, William: Reclaiming the State, 2017

Staaten und waren so mit verantwortlich für die Finanzkrise 2008. Flassbeck / Steinhardt sprechen in diesem Zusammenhang von einer neoliberalen Regression des Kapitalismus.<sup>18</sup>

Die Kapitaleigner der entwickelten kapitalistischen Staaten konnten die geringeren Einnahmen aus den produktiven Wirtschaftszweigen im Inland durch im Ausland generierte Profite und andere Profitquellen mehr als kompensieren. Die Warenproduktion wurde in Lieferketten aufgespalten und auf Standorte auf der ganzen Welt verteilt, jeweils dorthin, wo niedrige Löhne und Umweltauflagen sowie Steuervorteile die profitabelsten Anlagemöglichkeiten versprachen. Weitere Quellen des Reichtums wurden vor allem Profite aus Finanzprodukten im In- und Ausland, Profite aus der Privatisierung vormals staatlicher Betriebe und Infrastruktur, Profite aus geistigem Eigentum, Landrenten, Schürfrechten und Monopolen, alles Profite die nicht aus der Mehrwerterzeugung stammen und nur durch staatliche Regeln ermöglicht werden. In vielen Ländern der Erde (außer in Afrika) stieg das Pro-Kopf-Einkommen stark an. Aber auch die weltweite Ungleichheit wuchs enorm.<sup>19</sup>

Die allgemeine Liberalisierung des Weltmarkts mündete in den „unilateralen Moment“, dem Höhepunkt der amerikanischen Dominanz. Das Land und seine mit der politischen Klasse fest verwobenen Kapitalistenklasse<sup>20</sup> waren aus 2 Weltkriegen als wirtschaftlich und militärisch stärkste Macht hervorgegangen und diese innere Stärke ermöglichte es ihm, auch die äußere Kraft zu entwickeln, die es brauchte, um den übrigen Staaten der Welt die von ihm gewünschten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu diktieren. Die o.g. strukturellen Schwächen des neoliberalen Wirtschaftsregimes jedoch sind es, die heute ebendiese Macht untergraben. Dazu später mehr.

### **Modernisierung des „Rests der Welt“**

Das Kapital kann sich nur so frei bewegen, wie die Staaten es ihm erlauben. Und dass es sich heute in vielen Teilen der Welt weitgehend frei bewegen kann, verdankt es der Staatsmacht des Empire. Auf dem Weltmarkt begegnen sich jedoch nationale Volkswirtschaften, die theoretisch vor der Wahl stehen, sich den Regeln des mit dem Empire verbundenen Kapitals zu fügen oder eigene Wege zu gehen, auch wenn sie heute in den meisten Fällen praktisch keine Alternative haben.

Viele dieser Länder sind ehemalige Kolonien, deren traditionelle Wirtschaftsordnungen durch ihre Kolonialisierung zerstört wurden. Ersetzt wurden diese durch die Eingliederung ihrer Wirtschaft in die Märkte der Mutterländer und an deren Erfordernisse angepasste Strukturen: Export von landwirtschaftlichen Produkten und Bodenschätzen, Import von Fertigwaren und eine Infrastruktur, die diesen Zwecken diene. Mit der Unabhängigkeit kamen die Versuche einer nachholenden, auf nationale Erfordernisse ausgerichteten volkswirtschaftlichen Entwicklung, die aber in der Regel nicht gelang.

<sup>18</sup> Flassbeck, Heiner und Steinhardt, Paul: Gescheiterte Globalisierung, 2018, Kapitel 3

<sup>19</sup> Petersen, Thieß und Hartmann, Hauke: [Globalisierungsreport 2020 – Wo stehen die Entwicklungs- und Schwellenländer?](#) 2020, S. 20 (Zugriff 26.1.2023)

<sup>20</sup> Murray, Craig: [Fix the joke of US-democracy](#), 15.11.2022 (Zugriff 20.1.2023). Vergl. dazu auch Mahbubani, Kishore: Has China won?, 2020, Kapitel 5



Das änderte sich auch mit der Verlegung von Teilen der industriellen Produktion in diese Länder nicht wirklich. Als in Konkurrenz zu anderen Ländern stehende, austauschbare Elemente industrieller Lieferketten und Lieferanten einer begrenzten Zahl von Rohstoffen gerieten diese Staaten vielmehr immer stärker in die Exportabhängigkeit, nicht zuletzt durch die Schuldenfalle, in die sie auf der Suche nach den für ihre Entwicklung notwendigen Investoren gerieten. Das Befolgen der Theorie des komparativen Vorteils, nach der jedes Land am besten prosperiert, wenn es auf einem arbeitsteiligen Weltmarkt die Güter verkauft, die es am günstigsten herstellen kann und alle anderen Güter importiert, erwies sich vielfach als Weg in die Abhängigkeit.

Ein solcher Weg war seitens des Westens auch für Russland vorgesehen: ein deindustrialisiertes Land als Tankstelle für die Welt, abhängig von westlichen Firmen, die alle wichtigen Industriegüter lieferten. Dass die russische Entwicklung anders verlief, ist darauf zurückzuführen, dass ein Kreis von Persönlichkeiten um Putin die Staatsmacht ergriff, die Macht der Oligarchen politisch eindämmte und den totalen Ausverkauf des Landes stoppte. Trotz der im Lande vorherrschenden wirtschaftsliberalen Vorstellungen wurde das Land infolge westlicher Sanktionen zu einer anderen Wirtschaftspolitik gezwungen, förderte z.B. die Importsubstitution und exportiert inzwischen Lebensmittel. Entgegen der Erwartungen haben die Sanktionen infolge des Ukraine-Krieges nicht zu einer tiefen Wirtschaftskrise mit Hyperinflation geführt, und Russland ist in der Lage, die für die in diesem industriellen Krieg benötigten Rüstungsgüter in ausreichender Menge zu produzieren.<sup>21</sup>

Der Aufschwung Chinas durch seine Eingliederung in den Weltmarkt, inklusive der Leistung, 800 Mio. Menschen aus absoluter Armut zu befreien, ist ebenfalls das Ergebnis staatlichen Handelns. Hier war es die kommunistische Partei, die eine bewusste Modernisierungsstrategie entwickelte und bis heute betreibt, die es nicht zum Spielball der internationalen Märkte macht, sondern im Gegenteil dafür sorgte, dass chinesische Firmen zunehmend als planende Köpfe in Erscheinung treten.<sup>22</sup> Auch in anderen asiatischen Staaten gelang durch gezielte staatliche Politik gesamtgesellschaftlicher Fortschritt, wenn auch China das weitaus erfolgreichste Land dabei ist.

Im Grunde genommen stehen alle diese Länder vor der gleichen Aufgabe wie die Industriestaaten des 19. Jahrhunderts, die den Weg von Agrarstaaten zu Industriestaaten beschritten. Diese Modernisierung findet heute im Rahmen komplexer gesellschaftlicher Interessenlagen statt und bei einer weitaus engeren Verflechtung mit dem Weltmarkt, als es vor 120 Jahren der Fall war.

Der Superimperialismus der USA ist kein von einem Geheimbund gelenktes gradliniges Machtsystem, vielmehr ergibt sich aus vielen verschiedenen divergierenden Interessen und Interessenkonstellationen das gemeinsam anzustrebende Ziel der *full spectrum dominance*. Genau so wenig sind in den diesem Streben ausgesetzten Staaten der Welt eindeutige Interessenlagen auszumachen.

Teilen dieser Gesellschaften erschien und erscheint der vom Empire vorgeschlagene und vielfach erzwungene neoliberale Weg als Angebot, das sich nicht ablehnen lässt: Wirtschaftspolitiker sind vom neoklassischen Konzept überzeugt, oder sie sehen – wie die KPCh – keinen anderen Weg, um

21 Hier eine differenzierte Betrachtung der russischen Verhältnisse: Boyd, Roger: [Russia: Strategic Culture & International Political Economy](#), 14.6.2023 (Zugriff 15.6.2023)

22 Zum chinesischen Entwicklungsweg: Tiejun, Wen: [Die Krise der Globalisierung and Chinas strategische Wendung zur Ökologischen Zivilisation](#)“, 20.1.2023 (Zugriff 25.2.2023)



zu industrialisieren, wobei sie Strategien entwickelte, um die Kontrolle zu behalten.<sup>23</sup> Idealisten glauben an die liberalen Werte des Imperiums und die grenzenlose Freiheit, das Ende von Korruption und verkrusteten Strukturen. Moralisten sehen sich in der Pflicht, die Menschenrechte überall durchzusetzen, notfalls mit Gewalt. Kirchliche Gruppen beschwören die Entrechteten, ihr Heil nicht im Sozialismus zu suchen, sondern sich auf das Armageddon vorzubereiten. Sicherheitsorgane befürchten unsichere Verhältnisse oder gar den Zerfall der Staatsmacht durch innere Unruhen. Alte Eliten möchten im Verbund mit der äußeren Macht ihre Privilegien und ihre Einkommensquellen behalten, neue Unternehmer und Beamte ergreifen die Chance, reich zu werden. Staatsführungen werden vom Empire unter Druck gesetzt und befürchten die Konsequenzen des Widerstands, die ja an vielen Beispielen zu beobachten sind, z.B. in Libyen.

Andere gesellschaftliche Gruppierungen sehen die mit dem neoliberalen Weg verbundenen Nachteile. Gut gestellten Philanthropen liegt das Schicksal der verarmten Massen und Globalisierungsverlierer am Herzen. Sie kritisieren die zunehmende Ungleichheit die fehlenden Lebens- und Aufstiegschancen, selbst für gebildete junge Menschen. Die Benachteiligten kämpfen in *grass-root*-Bewegungen für ihre Rechte und bessere Lebensbedingungen. Politiker und Gewerkschaftler monieren die Abhängigkeit von Investoren, internationalen Institutionen und die unsichere, vom Weltmarkt und politischen Entwicklungen, wie z.B. dem Ukraine-Krieg, abhängige wirtschaftliche Lage. Kleinbauern und viele Unternehmen können mit der Konkurrenz aus dem Ausland nicht mithalten. Viele Menschen lehnen den Liberalismus mit seiner Betonung individueller Freiheiten auf Kosten des sozialen Zusammenhalts ideologisch ab. Patrioten möchten stolz auf ihre Heimat sein und die Demütigungen der Kolonialzeit überwinden. Nationalisten möchten ihr Land zu alter Größe führen. Sicherheitsorgane befürchten unsichere Verhältnisse oder gar den Zerfall der Staatsmacht durch äußere Einmischung..

**Aber aus all diesem Durcheinander scheint sich ein eindeutiger Trend herauszukristallisieren: der Wunsch dieser Staaten nach mehr strategischer Souveränität.** Denn so sehr sich diese politischen und ökonomischen Eliten, Intellektuelle, Bürger\*innen und Mitglieder sozialer Bewegungen in ihren Positionen unterscheiden, sie sind mitnichten tumben Toren. Sie betrachten die Welt im Rahmen einer breiten geopolitischen Perspektive und denken sehr bewusst darüber nach, wie ihre Länder mehr Stabilität, ~~Souveränität~~, Bedeutung und Wohlstand erringen können.<sup>24</sup> Dabei besinnt man sich zunehmend auf die eigenen Traditionen und jahrhundertealte zivilisatorische Vergangenheit.<sup>25</sup> Nicht unbedingt sieht man das Vorbild westlicher repräsentativer Demokratien als passend für das eigene Land. Und aus welcher Richtung auch immer diese Denker kommen, die erfolgversprechende wirtschaftspolitische Linie wird immer offensichtlicher: Ein Land, welches sein wirtschaftliches Potential ausnutzen und von der eigenen Wertschöpfung bestmöglich profitieren möchte, braucht einen Staat, der die Schlüsselindustrien, insbesondere die Geldpolitik, kontrolliert, die Binnennachfrage ankurbelt, systematisch Industrie-, Bildungs- und Sozialpolitik betreibt und wirtschaftlich mit anderen Nationen zum beiderseitigen Vorteil zusammenarbeitet.

23 Weber Isabella, Das Gespenst der Inflation: Wie China der Schocktherapie entkam, 2023

24 Vergl. z.B. Chavda, Abhijit und Sibal, Dr. [Kanwal: Ex-Foreign Secretary Opens up on Russia-Ukraine War & India's Future](#), 1.6.2023 (Zugriff 16.6.2023)

25 Aurelien: [We Are All Civilisational States](#), 24.5.2023 (Zugriff 25.5.2023)

Das gelingt in vielen Fällen nicht. Wer etwas ändern will, steckt fest in der Zange aus inneren Widersprüchen und äußerem Druck, sich den heute auf dem Weltmarkt geltenden Regeln zu fügen. Mit China und Russland sind nun zwei mächtige Staaten auf die Weltbühne getreten, die Alternativen sichtbar machen, die zu der Zeit, als die Bewegung der Blockfreien Staaten gegründet wurde, noch undenkbar waren. Damit ändert sich das globale Kräfteverhältnis. Der Ukraine-Krieg markiert den Wendepunkt einer Entwicklung, die sich schon länger abzeichnete: Es ist möglich, Souveränität zu beanspruchen, eigene Wege zu gehen und Kredite und Auslandsinvestition zu anderen Konditionen zu bekommen. China investiert weltweit im Rahmen der Neuen Seidenstraßen Initiative in eine Vielzahl von Infrastrukturmaßnahmen. Bei den Verhandlungen zur Bewältigung der Schuldenkrise, in der sich viele einkommensarme Staaten heute befinden, sitzt China mit am Tisch und damit auch eine andere Philosophie, eine die nicht verlangt, dass ein Staat zur Schuldentilgung den Ausverkauf des gesamten Tafelsilbers vornehmen muss.<sup>26</sup> Auch militärische Unterstützung wird denkbar, wie z.B. Syrien sie durch Russland bekam. Obwohl die überwiegende Mehrheit der Nationen Russlands Einmarsch in die Ukraine verurteilte, beteiligten sich fast nur die westlichen Verbündeten an den Sanktionen. Immer mehr Staaten verbitten sich Belehrungen aus dem Westen.<sup>27</sup>

### **Multipolarität**

Betreibt China mit der Neuen Seidenstraßen Initiative imperialistische Ausbeutungspolitik? Es gibt Untersuchungen darüber, dass die Erzählung von der Chinesischen Schuldenfalle nicht der Realität entspricht.<sup>28</sup> Aber unabhängig davon ob das stimmt oder nicht: Im Gegensatz zu den europäischen Kolonisatoren betreibt das Land eine durchweg friedliche Handelspolitik. Hängt das mit der unterschiedlichen kulturellen Disposition der Chinesen zusammen? Vielleicht.

Wichtiger erscheint ein grundsätzlicher Tatbestand: Wie schon erwähnt, konnte sich kein Industriestaat entwickeln, ohne auf Ressourcen aus anderen Teilen der Welt zurückzugreifen. Heute gibt es aber keine weißen Flecken auf der Landkarte mehr, wo mit Speeren und Pfeil und Bogen bewaffnete Völker Invasoren ausgeliefert waren, die mit Gewehren und Kanonen auf sie schossen. Die heutige Welt besteht aus Staatswesen mit international anerkannten Grenzen und mehr oder weniger modernen Waffensystemen, die teilweise denen des Westens ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen sind. Die Strategie, sich auf militärischem Wege ungehinderten Zugriff auf Ressourcen zu sichern, ist somit immer weniger erfolgversprechend, egal für welches Land. Und tatsächlich haben ja die USA seit dem 2. Weltkrieg keinen Krieg wirklich gewonnen.

Wenn also einerseits Kriege zunehmend irrational geworden sind und im Atomzeitalter potentiell die gesamte Menschheit in die Steinzeit zurückwerfen können, und andererseits alle Staaten auf Produkte aus anderen Staaten angewiesen sind, bleiben nur folgende Alternativen: die, wie China sich ausdrückt, friedliche „win-win“ Kooperation und/oder die Verlegung der Staatenkonkurrenz auf den wirtschaftlichen Bereich, bei der durchaus mit harten Bandagen gekämpft werde, aber eben

<sup>26</sup> Tricontinental: Institute for Social Research: [Life or Debt: The Stranglehold of Neocolonialism and Africa's Search for Alternatives](#), 4/2023 (Zugriff 24.5.2023)

<sup>27</sup> Schmiese, Wulf und Pandor, Naledi: [Interview mit der südafrikanischen Außenministerin](#), 15.7.2022 (Zugriff 20.1.2023)

<sup>28</sup> The Crane - Episode #3: [China and "Debt Trap" Diplomacy in Africa: Facts & Data](#), 19.8.2022 (Zugriff 24.5.2023)

ohne den Einsatz militärischer Mittel, wie die aus der realistischen politischen Schule hervorgegangene Geo-Ökonomik postuliert.

Die wirtschaftliche Verflechtung schaffe nicht etwa den Wettbewerb ab, sondern die Wirtschaft sei die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, schreibt Glenn Diesen. Regierungen griffen in den Markt ein, um eine asymmetrische wirtschaftliche Interdependenz zu entwickeln, in der die stärkere und weniger abhängige Seite in einer Wirtschaftspartnerschaft der schwächeren und abhängigeren Seite politische Zugeständnisse abringen könne. Die stärker abhängige Seite werde hingegen versuchen, die übermäßige Abhängigkeit zu verringern, indem sie die wirtschaftlichen Verbindungen diversifiziere oder ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Autarkie herstelle, um die immer drückender werdende wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland abzuschütteln. So tendiere das internationale System zu einem "Gleichgewicht der Abhängigkeit", dem Äquivalent eines Gleichgewichts der Kräfte, da alle Regierungen versuchten, die übermäßige Abhängigkeit von einem einzelnen Staat oder einer Region zu verringern.<sup>29</sup>

Soweit die Theorie. In der Praxis hat der Ukraine-Krieg den Prozess beschleunigt, bei dem viele Staaten der Welt in Zusammenarbeit mit Russland und China gezielt strategisch und praktisch an einer alternativen geo-ökonomischen Ordnung arbeiten.<sup>30</sup> Militärische Stärke als Voraussetzung zum Erhalt der eigenen Souveränität ist dabei ein wichtiges Standbein. Aber genauso wichtig ist die Befriedung der Wirtschaftsräume, wie Präsident XI Jinping z.B. in einer Rede vor der Shanghai Kooperation Organisation (SOZ) betonte<sup>31</sup>. Der Vermittlungs-Erfolg Chinas zur Beendigung des Konflikts zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, die Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga, die Beilegung des Konflikts zwischen Armenien und Aserbajdschan, das alles sind Erfolge dieser Befriedungspolitik und notwendige Voraussetzungen zum Ausbau eines Groß-Eurasischen Wirtschaftsraums.

Insgesamt geht der Trend zu globalen Beziehungen unter nationaler Kontrolle im Rahmen regional, international oder nach Interessen organisierter Kooperationsverbände, wie z.B. der SOZ oder BRICS<sup>32</sup>, Organisationen denen immer mehr Staaten beitreten möchten.<sup>33</sup> Hier werden Vereinbarungen zwischen souveränen Nationalstaaten geschlossen und keine technokratischen Regimes wie die EU aufgebaut, die nationale Entscheidungsbefugnisse ersetzen sollen. Darüber hinaus schließt die Zusammenarbeit mit einem Staat im Rahmen der einen Organisation die Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Rahmen anderer Konstellationen ausdrücklich nicht aus.<sup>34</sup>

Insbesondere arbeiten diese Organisationen an einer ökonomische Alternative zur westlich-dominierten internationalen Ordnung, einer völlig neuen Grundlage für den Welthandel, einem neuen Weltwirtschaftssystem. Dazu gehören Zahlungssysteme als Alternative zu SWIFT, die Einführung digitaler Währungen und vor allem eine gemeinsame internationale Bank, die ein eigenes Zahlungsmittel als Alternative zum Dollar zeichnen und Kredite vergeben kann. Die

29 Diesen, Glenn: [Europa als westliche Halbinsel von Groß-Eurasien](#), 22.3.2021 (Zugriff 24.5.2023)

30 Siehe z.B.: Valdai Discussion Club Session at St. Petersburg International Economic Forum-2023: [The New World Economy](#) — Not Global, But Interconnected 15.6.2023 (Zugriff 16.6.2023)

31 Jinping, Xi: [Full text of Xi's speech at SCO Samarkand summit](#), 16.9.2022 (Zugriff 16.6.2023)

32 Die [BRICS-Staaten](#) sind eine Vereinigung aufstrebender Volkswirtschaften. Die Abkürzung „BRICS“ steht für die Anfangsbuchstaben der fünf zugehörigen Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

33 Aktuell sollen 20 Anträge auf BRICS-Mitgliedschaft vorliegen

34 Diesen, Glenn, Freedmann, Chas, Mercouris, Alexander: [New World Order](#), 30.4.2023 (Zugriff 24.5.2023)

beteiligten Länder arbeiten zudem am Ausbau ihrer Konnektivität und Energieversorgung, schließen, momentan hauptsächlich auf bilateraler Basis, Freihandelsverträge miteinander ab und kooperieren auf zahlreichen weiteren Gebieten, wie z.B. Klima- und Umweltpolitik, Forschung und Entwicklung, Gesundheitspolitik und kultureller Austausch.<sup>35</sup>

Auch wenn alle diese Entwicklungen noch am Anfang stehen, und der Ausgang ungewiss ist, sollte man sie keineswegs unterschätzen.

## Perspektiven

Kann ein auf diese Weise staatlich eingedämmter Kapitalismus, in dem privatwirtschaftlich immer noch sehr viel Geld zu verdienen ist, die Einflussmöglichkeiten des Kapitals, vor allem die der Finanzindustrie, jedoch beschnitten wurden, weiter existieren oder sich gar weiterentwickeln? Hat nicht die Erfahrung gezeigt, dass grenzenloser Profitdrang – entgegen aller Vernunft - immer wieder und notwendig durchbricht?

Andererseits, was würde es für die Zukunft der Menschheit bedeuten, wäre die so begonnene Entwicklung mittelfristig erfolgreich? Können die Probleme der Menschheit im Rahmen einer, wie auch immer gestalteten kapitalistischen Wirtschaft überhaupt gelöst werden? Sozialisten und viele Klimaschützer bestreiten dies. Nicht überall gibt es einen Fahrplan zum Sozialismus wie in China. Und ob der nicht nur eine Farce ist, wie Kritiker behaupten, ist heute nicht abschließend beurteilbar.

Was bedeutet eine Wirtschaftspolitik, in der überall fossile Energien immer noch eine immense Rolle spielen, für die Bekämpfung des Klimawandels? Gerade Russlands Interessen sind immer noch sehr stark mit dem Export von Gas und Öl verknüpft. Die Besorgnisse sind berechtigt. Sicher ist jedoch eines: Ohne die Aufgabe des Konfrontationskurses des Empire, der in Deutschland z.B. zwar den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt, den CO<sub>2</sub> Ausstoß jedoch insgesamt eher erhöht hat, kann die weltweite Dekarbonisierung nicht gelingen.<sup>36</sup> Das geht nur über intensive Kooperation. Und die steht bei all den o.g. Entwicklungen im Mittelpunkt.

Kooperation und Aufbruchsstimmung dort<sup>37</sup>, *de-risking*, *de-coupling* und Militarisierung hier. Nicht nur die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland, sondern auch die zu China soll der westliche Block nach dem Willen der USA zurückfahren und sich auf seine eigenen wirtschaftlichen Stärken besinnen. Gleichzeitig soll in Vorbereitung auf einen bewaffneten Konflikt mit China massiv aufgerüstet werden. Die Bündnispartner werden auf Linie gebracht, der strategische Einsatzbereich der Nato wird auf den pazifischen Raum ausgeweitet,<sup>38</sup> weitere, gegen China gerichtete, Militärbündnisse geschmiedet, z.B. Aukus<sup>39</sup> und Quad<sup>40</sup>. Italien, das einzige europäische Land, das

35 [Samarkand Declaration](#) of the Council of Heads of State of Shanghai Cooperation Organization, 16.9.2022 (Zugriff 16.6.2023)

36 Cooke, Phoebe: [A New Era for Germany's Gas Industry Fuels Climate Fears](#), 7.12.2022 (Zugriff 16.6.2022)

37 Escobar, Pepe: [How the BRI train took the road to Shangri-La](#), 12.6.2023 (Zugriff 16.6.2022)

38 NATO: [Strategisches Konzept der NATO 2022](#) (Zugriff 20.1.2023)

39 [AUKUS](#) is a trilateral security pact between Australia, the United Kingdom, and the United States, announced on 15 September 2021 for the Indo-Pacific region

40 Der [Quadrilateral Security Dialogue](#) (kurz: Quad) ist ein sicherheits- und militärpolitisch ausgerichteter Zusammenschluss der Staaten USA, Australien, Indien und Japan mit bislang eher informellem Charakter, der das

offiziell Teil der chinesischen Seidenstraßen-Initiative ist, kündigt den Ausstieg aus dem Projekt an. Die G7 warnen die Welt vor Chinas „ökonomischen Druck“<sup>41</sup>. Die Stimmen für Wirtschaftssanktionen gegen China werden lauter, verschiedene protektionistische Maßnahmen, vor allem im *High-Tech* Bereich, werden eingeführt.

Ob diese Strategie erfolgreich sein kann, muss sich zeigen. Während die Rüstungsindustrie Grund zum Jubeln hat, sind andere Wirtschaftszweige der USA und Europas weniger erfreut. Es ist zu erwarten, dass die amerikanischen protektionistischen Maßnahmen, die eigene Industrie stärker treffen als die chinesische.<sup>42</sup>

Schwerwiegender sind aber die der neoliberalen Politik der vergangenen 40 Jahre geschuldeten strukturellen Schwächen, die, so stark und einflussreich die USA und ihre Verbündeten weltweit gegenwärtig auch noch sind, kaum zu überkommen sein werden und, wenn überhaupt, dann nur mittel- bis langfristig. Das macht ein kürzlich in der renommierten Zeitschrift *Politico* erschienener Artikel mit der bezeichnenden Überschrift „*The Pentagon is Freaking Out*“<sup>43</sup> am Beispiel der Rüstungsindustrie deutlich. Überall im Westen fehlt die Industriebasis für die Ausweitung der Rüstungsproduktion: es fehlt an Produktionsstätten, Maschinen und qualifizierten Arbeitskräften. Es fehlt an Rohstoffen, an Fabrikationsteilen, in Europa auch an der Energie, alles muss aus dem Ausland importiert werden, im Zweifel – ironischerweise - aus China oder, über Umwege, aus Russland.

Zu bedenken ist darüber hinaus, dass gerade die Arbeitskosten in den USA wegen der hohen privaten Bildungs-, Wohnungs- und Gesundheitskosten sowie des schlecht ausgebauten öffentlichen Nahverkehrs sehr hoch sind. Hinzu kommt eine marode Infrastruktur, die Transport- und Energienetze sind stark reparaturbedürftig. Wo sollen die notwendigen Investitionen herkommen, wenn noch stärker als bisher aufgerüstet werden soll?

Das alles sieht eher nach wirtschaftlichem Abstieg aus. Ist das auch das Schicksal eines in eine Garnison verwandelten Europas?<sup>44</sup> Und wie lange wird es dauern, bis die Staaten Europas in der Erkenntnis, dass auch ihnen Alternativen zur Verfügung stehen, die Seiten wechseln und sie sich einem groß-eurasischen Wirtschaftsraum anschließen?

## Fazit

Der Kapitalismus braucht den Staat, um funktionieren zu können. Das gilt für die Welt- wie auch für die Binnenmärkte. Bisher stützte sich das Kapital vor allem auf die Macht des zum Superimperium mutierten Nationalstaates USA. Genauso wie dieses Superimperium sind auch die übrigen Nationalstaaten nicht grundsätzlich als bloße Erfüllungsgehilfen von Kapitalinteressen und Konkurrenten um die Gunst des Kapitals zu betrachten, sondern als eigenständige politische und ökonomische Akteure. Sie waren bisher jedoch weitgehend gezwungen, sich der imperialistischen Macht zu fügen. Heute agieren sie mit zunehmendem Selbstbewusstsein auf der Weltbühne und

---

Ziel verfolgt, einen „freien und offenen Indopazifik“ zu gewährleisten.

41 Wong, Tessa: [G7 takes stand against China's "economic coercion"](#), 21.5.2023 (Zugriff 24.5.2023)

42 Smith, Yves: [America's Chips War With China: Another Sanctions Backfire Coming?](#), 6.3.2023 (Zugriff 16.6.2023)

43 Hirsh, Michael: [The Pentagon is Freaking Out About a Potential War With China](#), 9.6.2023 (Zugriff 16.6.2023)

44 Das der Westen will, aber vermutlich nicht können wird, begründet der Blogger Aurelien: [Round Two? There Is No Round Two](#), 14.6.2023 (Zugriff 16.6.2023)

entwickeln Formen der Kooperation, um das politische und ökonomische Weltgeschehen ihren Wünschen gemäß zu gestalten. Entscheidend für den Erfolg dieser Anstrengungen sind die erstarkten Mächte China und Russland und deren enge Zusammenarbeit. Auch wenn der Ausgang noch ungewiss ist, erscheint die Herausbildung einer neuen, funktionierenden multipolaren Weltwirtschaftsordnung durchaus als wahrscheinlich. Wird sich das Kapital künftig umorientieren (müssen)? Was bedeuten die China-Besuche von Elon Musk und Bill Gates? Könnte es möglich sein, dass diese Spitzenkapitalisten – im Gegensatz zum immer noch parteiübergreifenden Konsens in den USA - am Ende auf Kooperation statt auf Konfrontation, Eindämmung und Entkoppelung setzen?

So endet mein Artikel statt mit Antworten mit noch mehr Fragen als am Anfang. ~~Der Ausgang ist ungewiss. Diejenigen von uns, die eine gerechte, solidarische Gesellschaft im Einklang mit der Natur anstreben, können darauf Einfluss nehmen.~~ Es gilt, die sich vor unseren Augen entfaltende spannende Realität zu erkunden und zu verstehen, um daraus politisches Handeln abzuleiten. ~~Das ist ohne breite und kontroverse Debatten nicht möglich.~~



## Quellenverzeichnis

- Aurelien: [Round Two? There Is No Round Two](#), 14.6.2023 (Zugriff 16.6.2023)
- Aurelien: [We Are All Civilisational States](#), 24.5.2023 (Zugriff 25.5.2023)
- Boyd, Roger: [Russia: Strategic Culture & International Political Economy](#), 14.6.2023 (Zugriff 15.6.2023)
- Brosius, Dr. Sybille: [CETA: Sargnagel für Demokratie und Klima](#), 6.12.2022 (Zugriff 15.6.2023)
- Chavda, Abhijit und Sibal, Dr. [Kanwal: Ex-Foreign Secretary Opens up on Russia-Ukraine War & India's Future](#), 1.6.2023 (Zugriff 16.6.2023)
- Cooke, Phoebe: [A New Era for Germany's Gas Industry Fuels Climate Fears](#), 7.12.2022 (Zugriff 16.6.2022)
- Desai, Radhika: Geopolitische Ökonomie, 2020
- Diesen, Glenn, Freedmann, Chas, Mercouris, Alexander: [New World Order](#), 30.4.2023 (Zugriff 24.5.2023)
- Diesen, Glenn: [Europa als westliche Halbinsel von Groß-Eurasien](#), 22.3.2021 (Zugriff 24.5.2023)
- Escobar, Pepe: [How the BRI train took the road to Shangri-La](#), 12.6.2023 (Zugriff 16.6.2022)
- Fazi, Thomas und Mitchell, William: Reclaiming the State, 2017
- Fazi, Thomas, [The capitalists are revolting over China](#), 7.6.2023 (Zugriff 15.6.2023)
- Flassbeck, Heiner und Steinhardt, Paul: Gescheiterte Globalisierung, 2018
- Goldberg, Jörg: Weltordnung zwischen Globalisierung und Nationalstaaten, in: Z-134 Juni 2023
- Hirsh, Michael: [The Pentagon is Freaking Out About a Potential War With China](#), 9.6.2023 (Zugriff 16.6.2023)
- Hudson, Michael: Superimperialism, The Economic Strategy of American Empire, editions 1968, 2003, 2021
- Jinping, Xi: [Full text of Xi's speech at SCO Samarkand summit](#), 16.9.2022 (Zugriff 16.6.2023)
- Komlosy, Andrea: Zeitenwende, 2022, zitiert nach nach Goldberg
- Mahbubani, Kishore: Has China won?, 2020
- Mattei, Clara: [The Capital Order](#). How Economists Invented Austerity & Paved the Way to Fascism, 11/22 (Zugriff 21.1.2023)
- Murray, Craig: [Fix the joke of US-democracy](#), 15.11.2022
- NATO: [Strategisches Konzept der NATO 2022](#) (Zugriff 20.1.2023)
- Patnaik, Utsa und Patnaik, Prabhat: Capital and Imperialism, 2021
- Petersen, Thieß und Hartmann, Hauke: [Globalisierungsreport 2020 – Wo stehen die Entwicklungs-](#)



und Schwellenländer? 2020, S. 20 (Zugriff 26.1.2023)

Riegel, Tobias: [Victoria Nuland feiert Terror gegen Nord-Stream-2: „Bin sehr erfreut“](#), 27.1.2023 (Zugriff 15.6.2023)

[Samarkand Declaration](#) of the Council of Heads of State of Shanghai Cooperation Organization, 16.9.2022 (Zugriff 16.6.2023)

Schmiese, Wulf und Pandor, Naledi: [Interview mit der südafrikanischen Außenministerin](#), 15.7.2022 (Zugriff 20.1.2023)

Smith, Yves: [America’s Chips War With China: Another Sanctions Backfire Coming?](#), 6.3.2023 (Zugriff 16.6.2023)

Starrs, Sean: [Signs of the Times #3 - On US Decline](#), 3.6.2022 (Zugriff 15.6.2023)

Statista: [Statistiken zum Thema Reichtum - Millionäre und Milliardäre](#), 22.11.2022 (Zugriff 21.1.2023)

The Crane - Episode #3: [China and “Debt Trap” Diplomacy in Africa: Facts & Data](#), 19.8.2022 (Zugriff 24.5.2023)

Tiejun, Wen: [Die Krise der Globalisierung and Chinas strategische Wendung zur Ökologischen Zivilisation](#)“, 20.1.2023 (Zugriff 25.2.2023)

Tricontinental: Institute for Social Research: [Life or Debt: Thr Stranglehold of Neocolonialism and Africa’s Search for Alternatives](#), 4/2023 (Zugriff 24.5.2023)

Valdai Discussion Club Session at St. Petersburg International Economic Forum-2023: [The New World Economy](#) — Not Global, But Interconnected 15.6.2023 (Zugriff 16.6.2023)

Weber Isabella, [Das Gespenst der Inflation: Wie China der Schocktherapie entkam](#), 2023

Wilkins, Brett: [‘Death Outlives War’: Analysis Estimates Post-9/11 US Conflicts Killed Over 4.5 Million](#), 16.5.2023 (Zugriff 24.5.2023)

Wong, Tessa: [G7 takes stand against China’s “economic coercion”](#)“, 21.5.2023 (Zugriff 24.5.2023)

World beyond War: [USA’s Military Empire: A Visual Database](#) (Zugriff 24.5.2023)